

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 1. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz des Rhein-Sieg-Kreises am 04.02.2021:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
.	Allgemeine Geschäftsordnungsangelegenheiten		
1.	Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz	01/2021	einstimmig
2.	Verpflichtung von Sachkundigen Bürgern		
3.	Strukturen und Aufgabenschwerpunkte des Amtes für Bevölkerungsschutz mit Vorstellung der neuen Führungskräfte	02/2021	einstimmig
4.	Haushaltsplanungen 2021/2022	Kenntnisnahme	
5.	Auswahlverfahren zur Durchführung von rettungsdienstlichen Leistungen; Sachstandsbericht	Kenntnisnahme	
6.	Mitteilungen und Anfragen	Kenntnisnahme	
	Nichtöffentlicher Teil		
7.	Mitteilungen und Anfragen		

1. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 04.02.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Frau Nathalie Heider-Hönatsch

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Herr Ralf von den Bergen

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Frau Andrea Derbitz Vertretung für Herrn SkB Otter

Schriftführer/in

Frau Birgit Engelberth

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Franz Gasper Vertreten durch Herrn SkB Sauer

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Herr Horst Becker

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Stefan Pohl Vertreten durch Herrn SkB Lukas Wagner

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Michael Otter Vertreten durch Frau SkB Derbitz

Vertreter der Verwaltung:

Herr Dez. Dr. Rudersdorf

Herr KVR Freier

Frau KVOR Jonas

Herr KBAR Ahr

Frau KAF Prause (stellv. Schriftführung)

Frau KAR Engelberth (Schriftführung)

1. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 04.02.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeine Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Der Vorsitzende begrüßte die Ausschussmitglieder zur 1. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz und stellte die form- und fristgerechte Einladung fest.

Er wies auf die Vorgaben der Hygieneregeln und deren Einhaltung hin. Im Anbetracht der Vergrößerung des Ausschusses von 18 auf nunmehr 25 ordentliche Mitglieder sah er eine Bestätigung der bislang erfolgten Ausschussarbeit und hob deren Bedeutsamkeit hervor.

Es folgte folgender Hinweis des Vorsitzenden:

Die Kenntnisnahme der Niederschrift zur 20.Sitzung des ARK am 05.02.2020 wird in der kommenden Sitzung im Juni formal nachgeholt. Die Niederschrift kann im Kreisinformationssystem eingesehen werden.

1	Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz	
---	---	--

B.-Nr.
01/2021

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz beschließt, Frau Birgit Engelberth zur Schriftführerin und Frau Julia Prause zur stellvertretenden Schriftführerin zu bestellen.

Abst.-
Erg.:

einstimmig

2	Verpflichtung von Sachkundigen Bürgern	
---	--	--

Der Vorsitzende verpflichtete die nachfolgend aufgeführten sachkundigen Bürger:

Herrn Jörg Becker CDU
Herrn David Henig CDU
Herrn Dr. Andreas Leischner CDU
Herrn Peter Profittlich CDU
Herrn Andreas Sauer CDU
Herrn Klaus Müller SPD
Herrn Christian Lanzrath SPD
Frau Nathalie Heider-Hönatsch FDP
Frau Andrea Derbitz LINKE
Herrn Ralf von den Bergen AfD

1. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 04.02.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
3	Strukturen und Aufgabenschwerpunkte des Amtes für Bevölkerungsschutz mit Vorstellung der neuen Führungskräfte	

Es stellten sich die nachfolgend aufgeführten neuen Führungskräfte im Amt für Bevölkerungsschutz vor:

Ltd. KVD Dr. Rudersdorf	Dezernent seit dem 01.03.2020
KVR Freier	Amtsleitung seit dem 01.10.2020
KVOR Jonas	Abteilungsleitung 38.1 seit dem 01.07.2020
KBAR Ahr	Leitung der Kreisleitstelle 38.2 seit Mitte Oktober 2020

KVR Freier informierte den Ausschuss über die in Folge der steigenden Anforderungen an den Bevölkerungsschutz notwendig gewordene Einrichtung der Stabsstelle „Projektmanagement Bevölkerungsschutz“ (38.04), die mit dem früheren Leiter der Kreisleitstelle, KOBR Bertram, besetzt wurde. Alsdann gab er einen kurzen Überblick über die aktuellen Aufgabenschwerpunkte im Amt für Bevölkerungsschutz, die seit Beginn der pandemischen Lage von dieser stark geprägt werde. Durch die dauerhafte Einrichtung der Koordinierungsgruppe Krisenstab im Fachamt sei eine Vielzahl an neuen Aufgaben zu bewältigen gewesen. Dies mit der Folge, dass für die eigentlichen Aufgabenbereiche zeitweise kaum Personalkapazitäten zur Verfügung standen. Aktuell sei durch Entscheidung des Landrates die Organisation und der Betrieb des Impfzentrums ebenfalls im Fachamt angesiedelt worden. Die Inbetriebnahme des Impfzentrums werde ab dem 08.02.2020 erfolgen.

Weiterer Aufgabenschwerpunkt sei die Erstellung von Katastrophenschutzplänen zur Umsetzung der vom Land NRW vorgegebenen Sanitäts- und Betreuungskonzepte. Hier seien die Anforderungen des Landes in quantitativer wie qualitativer Hinsicht gestiegen. Der Aufgabenbereich des vorbeugenden Brandschutzes mache aufgrund steigender Fallzahlen die Einrichtung einer weiteren Stelle notwendig. Trotz der erschwerten Lagearbeit und der bestehenden Belastungen sei jedoch durch die Erarbeitung und Umsetzung aufwendiger Schutzkonzepte und Kompensationsmechanismen die Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung einschließlich der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst und des Krankentransportes zu jeder Zeit sichergestellt gewesen.

Auf der Agenda der kommenden Jahre seien darüber hinaus die Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes und die organisatorisch im Anschluss daran durchzuführende Ausschreibung der rettungsdienstlichen Leistungen mit anschließender Durchführung der Gebührenkalkulation. Die Verabschiedung einer neuen Gebührensatzung zur Jahresmitte werde angestrebt. Des Weiteren sei die Kreisleitstelle zukunftsorientiert auszurichten. Dies umfasse die Erneuerung des Kommunikationsmanagementsystems sowie der Medientechnik, die standardisierte Anrufabfrage, die Einführung eines bundesweiten Notruf-App-Systems und die Einführung eines 24-Stunden-Schicht-Modells. Daneben stehen die Fortführung der Neubauvorhaben an den Rettungswachenstandorten in Much, Ruppichterath, und Bornheim an. Die Inbetriebnahme des Neubaus in Much sei für März 2021 avisiert. Die geplante Eröffnungsfeier werde aufgrund der aktuellen Situation zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Im Bauvorhaben in Bornheim wurde eine Überarbeitung des Raumprogramms notwendig. Eine Vorlage der neuen Planungsunterlagen wird Ende 2021 erwartet. Eine Vorstellung im Ausschuss wird zu gegebener Zeit erfolgen. Die Ausschreibung der Planungsleistungen zum Neubauprojekt in Ruppichterath werde derzeit vorbereitet. Eine Veröffentlichung sei für Anfang Mai avisiert. Der Grundstückserwerb zum Bau des geplanten Gefahrenabwehrzentrums (GAZ) sei nahezu abgeschlossen.

Abg. Söllheim danke für die Ausführungen und bat, aufgrund der Bedeutsamkeit, das

1. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 04.02.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Thema „GAZ“ sowie den „Neubau von Rettungswachen“ als regelmäßige Tagesordnungspunkte aufzunehmen. Daneben beantragte er, die Einrichtung einer Projektgruppe „GAZ“, die neben Vertretern der Fachbereiche aus Vertretern der politischen Fraktionen bestehen solle, um eine frühzeitige Begleitung des Projektes durch die Politik zu ermöglichen. Er beantragte das Thema „Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes“ auf die nächste Tagesordnung zu nehmen und bat in diesem Zusammenhang um eine zeitliche Darstellung des Projektverlaufs mit Darstellung der erfolgten bzw. anstehenden Schritte.

KVR Freier sagte eine Aufnahme der Themenbereiche Neubauten und Rettungsdienstbedarfsplanung als gesetzten Tagesordnungspunkt zu den kommenden Ausschusssitzungen zu. Darüber hinaus sicherte er einen ausführlichen Bericht zum Thema „Rettungsdienstbedarfsplan“ in der kommenden Sitzung zu.

SkB Müller bat um Auskunft, ob der seinerzeit getroffene Arbeitskreis zur Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes weiterhin bestehe und wie der Sachstand zum geplanten 24-Stunden-Schichtmodell auf der Kreisleitstelle sei.

Abg. Söllheim fragte im Zusammenhang mit dem GAZ zum Sachstand des seinerzeit in Auftrag gegebenen Bodengutachtens und bat um Beantwortung im Rahmen der Niederschrift.

KVR Freier erläuterte, dass die Zuständigkeit zum Grundstückserwerb beim Amt für Gebäudewirtschaft liege und eine Beantwortung zur Frage des Bodengutachtens im Rahmen der Niederschrift erfolgen werde.

Zum 24-Stunden-Dienst in der Kreisleitstelle führte er aus, dass die dringende Notwendigkeit zur Einführung dieses Schichtmodells bestehe. Der Anstieg der „besonderen Lagen“ und die hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeiter/innen der Kreisleitstelle machten dies deutlich. So wurden bei Stellenausschreibungen mit Perspektive auf einen 24-Stunden-Dienst ein deutlicher Anstieg an Bewerbungen verzeichnet. Die Einrichtung eines 24-Stunden Dienstes setze zudem ein neues Personalkonzept voraus, das derzeit im Fachbereich erarbeitet werde. Hinsichtlich des seinerzeit getroffenen Arbeitskreises zur Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes werde eine Wiedereinsetzung bei Bedarf erfolgen.

Hinweis der Verwaltung:

Bereits vor Eintritt in die Verkaufsverhandlungen mit den Eigentümern wurden die betreffenden Grundstücksflächen, bei denen es sich teilweise um Altlastenflächen handelt, gutachterlichen Untersuchungen zur Bebaubarkeit des Geländes sowie entsprechende Untersuchungen des vorhandenen Risikopotentials unterzogen. Nach Auffassung des Gutachters spricht nichts gegen eine Errichtung eines Gefahrenabwehrzentrums auf den zu erwerbenden Flächen. Er empfiehlt, Gebäude aus bautechnischer und wirtschaftlicher Sicht auf den nördlichen bzw. nordwestlichen Flächen anzuordnen, um aufwändige Sondergründungen infolge der mangelnden Tragfähigkeit der Altablagerungsflächen zu vermeiden. Ferner ist unter den Gebäuden und den versiegelten Freiflächen eine flächig ausgelegte passive Gasdrainage zur Ableitung des in den verfüllten Flächen entstehenden Methangases vorzusehen. Die Ergebnisse wurden bereits in der für den Grunderwerb gefassten Dringlichkeitsentscheidung im September 2020, welche durch den Kreisausschuss in seiner Sitzung am 26.10.2020 genehmigt wurde, dargelegt. Der gesamte Bericht des Sachverständigen wurde den Fraktionen, Gruppen und Einzelabgeordneten zur Sitzung des Kreistages am 23.06.2020 zur Verfügung gestellt.

1. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 04.02.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Steiner wies zur Frage der Wiedereinsetzung des Arbeitskreises darauf hin, dass Beratungen zu Detailfragen und -themen in einem Arbeitskreis stattfinden sollten, die eigentliche Diskussion jedoch in den Ausschuss gehöre, zumal im Arbeitskreis je Fraktion nur einen Vertreter entsandt sei.

Der Vorsitzende stellte alsdann fest, dass der Arbeitskreis zur Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes zur Erarbeitung einzelner Detailthemen und –fragen wiedereingesetzt werde, der Schwerpunkt der Beratungen jedoch im Ausschuss verbleiben werde. Er stellte zudem den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Einrichtung einer Projektgruppe „GAZ“ zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr.
02/2021 **Der Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz beschließt die Bildung einer Projektgruppe „Gefahrenabwehrzentrum (GAZ)“ und beauftragt die Verwaltung die notwendigen Schritte vorzunehmen.**

Abst.-
Erg.: einstimmig

4	Haushaltsplanungen 2021/2022	
---	------------------------------	--

Abg. Söllheim erkundigte sich im Hinblick auf die veranschlagten Gebühreneinnahmen nach dem Sachstand der Verhandlungen mit den Krankenkassen und der Realisierbarkeit der veranschlagten Gebührenhöhe.

Dez. Dr. Rudersdorf teilte mit, dass das Benehmen mit den Kostenträgern hergestellt worden sei.

SkB Müller sagte, dass man im Hinblick auf die im Haushalt veranschlagte Summe von 100 Tsd. Euro davon ausgehe, dass diese Mittel der mit Einführung einer Warn-App notwendigen technischen Infrastruktur in der Kreisleitstelle dienen und bat um Auskunft, wie die entsprechende Personalakquise verlaufen werde, wie die Bevölkerung hierüber informiert werde und welche weiteren Planungsschritte angedacht seien.

KVOR Jonas antwortete, dass mehrere Anbieter von Rettungs-Apps am Markt tätig seien und eine konkrete Beauftragung noch ausstehe. Dem entsprechend könnten auch noch keine weiteren Planungsschritte (z. B. Personalakquise, Information der Bevölkerung, etc.) mitgeteilt werden.

Dez. Dr. Rudersdorf wies darauf hin, dass die Einführung einer Rettungs-App zur Ausrichtung eines zukunftsorientierten Rettungsdienstes gehöre, derzeit jedoch nicht priorisiert bearbeitet werden könne.

Im Übrigen nahm der Ausschuss die Ausführungen zur Kenntnis.

1. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 04.02.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
5	Auswahlverfahren zur Durchführung von rettungsdienstlichen Leistungen; Sachstandsbericht	

KVR Freier erläuterte unter Verweis auf die Vorlage, dass die Durchführung der rettungsdienstlichen Leistungen für 25 Monate ausgeschrieben werde, also vom 01.01.2022 bis 31.01.2024, mit einem Auftragsvolumen von ca. 30 Mio. Die Veröffentlichung der Verfahrensunterlagen sei am 28.12.2020 erfolgt. Nach Ablauf dieses Beauftragungszeitraums sei die Durchführung eines einheitlichen Auswahlverfahrens über alle in der Trägerschaft des Kreises befindlichen Rettungswachenversorgungsbereiche auf Grundlage des dann fortgeschriebenen Rettungsdienstbedarfsplanes vorgesehen.

Abg. Söllheim bat um Auskunft, welche Rettungswachenversorgungsbereiche vom aktuell stattfindenden Auswahlverfahren betroffen seien.

Hinweis der Verwaltung: Das aktuell laufende Auswahlverfahren umfasst die Rettungswachenversorgungsbereiche Neunkirchen-Seelscheid, Much, Ruppichteroth, Windeck, Eitorf, Sankt Augustin und Rheinbach.

SkB Sauer fragte nach, ob die Verfahrensunterlagen zusätzliche Leistungen umfassen. Hier führte er die bislang noch nicht erfolgte Einführung des 24-Stunden Notarztes am Notarztstandort Bornheim an, der seines Wissens nach bereits im Ausschuss beschlossen worden sei. Er äußerte sein Unverständnis über die Ausschreibung eines NEF am Rettungswachenstandort Much. In diesem Zusammenhang fragte er nach der Regelung zur Notarztbesetzung an diesem Standort, da hier unmittelbar kein Krankenhaus vor Ort sei.

Dez. Dr. Rudersdorf antwortete, dass man seitens des Kreises Anpassungen habe vornehmen wollen, auf Seiten der Kostenträger hier jedoch keine Bereitschaft bestanden habe, außerhalb des förmlichen Verfahrens nach § 12 Rettungsgesetz NRW (RettG NRW) zu agieren. Insoweit gründeten die Verfahrensunterlagen auf dem aktuell gültigen Rettungsdienstbedarfsplan.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Beauftragung zur Durchführung der rettungsdienstlichen Leistungen am Rettungswachen- und Notarztstandort Bornheim erfolgte zum 01.02.2019. Die Vertragsausgestaltung erfolgte optional und sieht mit Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes (und damit Genehmigung der Erweiterung durch die Kostenträger) die Einführung eines 24-Stunden Notarztendienstes entsprechend den durch den seinerzeitigen Fachplaner getroffenen Feststellungen (Gutachten aus 2017) vor. Das derzeit stattfindende Auswahlverfahren basiert auf dem aktuell gültigen Rettungsdienstbedarfsplan 2012 sowie einer durch die Kostenträger seinerzeit genehmigten Anpassung aus 2014. Am Rettungswachenstandort Much ist in den aktuell veröffentlichten Verfahrensunterlagen zum Auswahlverfahren kein Notarzt vorgesehen. Die mögliche Einrichtung eines Notarztstandortes in Much unterliegt der gutachtlichen Überprüfung durch den Fachplaner sowie dem Prüfungs- und Genehmigungsverfahren nach § 12 RettG NRW. Regelungen hinsichtlich einer Notarztbesetzung können erst getroffen werden, wenn die Etablierung eines Notarztes in Much rechtlich gesichert ist.

Im Übrigen nahm der Ausschuss die Ausführungen zur Kenntnis.

1. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 04.02.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
6	Mitteilungen und Anfragen	

Abg. Söllheim bat um Auskunft, ob der Rhein-Sieg-Kreis die technische Weiterentwicklung von Rettungsmitteln verfolge bspw. durch Messebesuche u. ä. und wie hierzu der Sachstand sei. Nach seinem Kenntnisstand hätten sich sowohl Motoren als auch Kofferaufbauten verbessert bzw. weiterentwickelt und seien bspw. auf Intensivmedizin ausgelegt, so dass Spezialfahrzeuge für diese Transporte nicht mehr notwendig seien. Er regte an, den Kontakt zu entsprechenden Herstellern zu suchen, um über die neuesten Entwicklungen informiert zu sein.

KVR Freier wies auf die Neubeschaffung von 17 Rettungswagen in 2019 hin, die nach aktuellem technischem Stand durchgeführt worden sei. Daneben verfüge das Fachamt über drei Rettungssingenieure in diesem Bereich, so dass die Kenntnis über technische Neuerungen angenommen werden könne. Die betreffenden Mitarbeiter würden jedoch nochmals für dieses Thema sensibilisiert.

Abg. Steiner fragte nach dem Sachstand zur Impfung der Rettungskräfte im Rhein-Sieg-Kreis.

KVR Freier antwortete, dass der Rettungsdienst laufend mit sogenannten Restdosen an Impfstoff versorgt worden sei, die bei Impfaktionen in Alten- und Pflegeheimen nicht zum Einsatz gekommen seien. Die Durchführung der Impfung sei in Abstimmung mit den Hilfsorganisationen erfolgt. Bislang konnten ca. 400 Rettungsdienstmitarbeiter/innen geimpft werden, dies entspräche etwa 50 % der im Rettungsdienst im Rhein-Sieg-Kreis tätigen Mitarbeiter/innen. Daneben wird es nunmehr donnerstags ein Impfangebot speziell für Rettungskräfte geben, welches in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführungen der Hilfsorganisationen koordiniert werde.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Ende des öffentlichen Teils

1. Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 04.02.2021		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

7	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Es gab keine Mitteilungen oder Anfragen.

gez.

Christoph Fiévet
Vorsitzender

gez.

Birgit Engelberth
Schriftführerin